

PRESSEMITTEILUNG vom 19.10.23

## **Wettbewerbsnachteile in Rheine verhindern**

*Unternehmen der Initiative Rheine-Standort der guten Arbeitgeber positionieren sich zur geplanten Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes und zur Neuausschreibung des öffentlichen Nahverkehrs.*

Die letzten Monate haben, ausgelöst durch die russische Invasion in die Ukraine und die daraus entstandene Energiekrise, zu einer enormen Beunruhigung der wirtschaftlichen Märkte geführt. Daraus resultiert die hohe Inflation, gestiegene Zinsen, hohe Lohnabschlüsse zum Inflationsausgleich und viele weitere Faktoren, die täglich in der Presse zu verfolgen sind. Creditreform, das Ifo Institut oder DIHK bewerten deshalb die Lage des deutschen Mittelstands aktuell so schlecht, wie seit dem Höhepunkt der Corona-Krise nicht mehr.

Die von Creditreform befragten Unternehmen spüren massiv die Auswirkungen von Rezession und Inflation. Der Abwärtssog hat mittlerweile die gesamte Breite der Wirtschaft erfasst, schreibt Creditreform. „Der Druck auf die Unternehmensstabilität wächst“ analysiert Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform-Wirtschaftsforschung.

In Rheine ist zudem mit der Vorstellung des Haushaltes, die Diskussion darüber eröffnet worden, den Gewerbesteuerhebesatz von derzeit 430 Punkten auf 570 Punkte zu erhöhen, um eine drohende Haushaltssicherung des Stadthaushaltes abzuwenden.

Im Gespräch mit den Sprechern der Initiative „Rheine-Standort der guten Arbeitgeber“ wird deutlich, welche enormen Belastungen -neben den bereits Bestehenden- auf die Unternehmen am Standort zukommen würden, wenn dieser Vorschlag der Verwaltung zum Tragen kommt.

Die Unternehmen sorgen nicht nur für das Einkommen der Mitarbeitenden, sondern sind auch verantwortlich für den Wohlstand in der Gesellschaft. „Eine zusätzliche Belastung durch die enorme Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes führt dazu, dass das dringend benötigte Eigenkapital der Unternehmen -zur Sicherung in Krisen oder zu Investition in den Unternehmensstandort- nicht gebildet werden kann“, sind sich alle drei Sprecher der Initiative einig. In der Folge wird die beschriebene Unternehmensstabilität stark angekratzt. „Dadurch besteht für die Zukunft kaum Handlungsspielraum, weil auch Investitionen in eine Logistikhalle oder ein Schulungszentrum über die Rücklage entsprechend angespart werden müssen“, führen die 3 Sprecher in der Diskussion beispielhaft weiter aus. So wurde in der Coronakrise von vielen Unternehmen „der Notgroschen“ aufgezehrt, der jetzt in einer wirtschaftlichen brisanten Ausgangslage neu aufgebaut wird. Eine zusätzliche Gewerbesteuererhöhung schmälert erheblich die Widerstandsfähigkeit der Unternehmen am Standort Rheine.

Des Weiteren wird das Nahverkehrskonzept in Rheine neu erarbeitet und in der Folge ausgeschrieben. In diesem Zusammenhang steht auch der Probetriebs der G Linien – das sind die Pendelverkehre in die Gewerbegebiete – auf dem Prüfstand. „Der Wegfall oder die

Reduzierung der Verkehre führt zu deutlichen Wettbewerbsnachteilen der Unternehmen“ sind sich die Unternehmensvertreter sicher. Gerade diese Pendelverkehre bekommen - vor allem vor dem Hintergrund eines veränderten Bewusstseins für ökologische Nachhaltigkeit und den in den nächsten Jahren steigenden Spritpreisen - zur Ansprache und Bindung der händleringend gesuchten Fachkräfte eine ganz wichtige Bedeutung. Die Ausschreibung erfolgt über einen Zeitraum von zehn Jahren, in der sich die Bedeutung von Nachhaltigkeit und Fachkräftemangel noch weiter zuspitzen wird.

Das Vorhandensein eines nachhaltigen Pendelverkehrs in die Gewerbegebiete findet sich aber auch im Nachhaltigkeitsbericht der Unternehmen wieder. Ab 2025 spätestens ab 2026 ist fast jedes Unternehmen nachhaltigkeitsberichtspflichtig. Auf der Grundlage des Green Deal der Europäischen Kommission entscheiden diese CSRD-Nachhaltigkeitsberichte perspektivisch auch über die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Unternehmen, weil die „nachgewiesene Nachhaltigkeit“ (Nachhaltigkeitsbericht – Scope 3) bei der Bewertung der Finanzierung der Kreditlinie - neben dem Einbezug der Eigenkapitalquote etc. (Liquidität des Unternehmens) - eine stetig steigende Bedeutung einnehmen wird.

In einer gemeinsam unterschriebenen Petition machen deshalb die Sprecher der Initiative deutlich, „sollte der Rat der Stadt Rheine, sich vor diesem Hintergrund dazu entscheiden, den ÖPNV in die Gewerbegebiete einzuschränken und den Gewerbesteuerhebesatz zu erhöhen, entzieht er in einem höchst brisanten Ausmaß der Wirtschaft und insbesondere den mittelständisch geprägten Unternehmen „den Nährboden“ für weiteres effizientes Wirtschaften am Standort Rheine“.

Gerade mit der Initiative „Rheine-Standort der guten Arbeitgeber“ haben die Unternehmen das Bekenntnis zum Standort formuliert und packen mit viel Lust, Freude und Engagement wichtige Themen am Standort Rheine an. Jetzt brauchen die Unternehmen und die Initiative die Rückendeckung von Politik und Verwaltung.



**Bildunterschrift:** v.l.n.r. Eike Krull, apetito AG, Holger Klinge, KTR Systems GmbH, Ernst-August Lührmann, DWL Döcker und Partner mbH unterschreiben stellvertretend das gemeinsame Commitment

**Kontakt:**

EWG für Rheine mbH  
Bettina Thelen-Reloe  
Heiliggeistplatz 2  
48431 Rheine  
bettina.thelen-reloe@ewg-rheine.de  
+49 5971 80066-35